

Protest gegen das geplante öffentliche Bundeswehrgelöbnis am Donnerstag, 30. Juli 2009 um 14 Uhr auf dem Marienplatz

Montag, 27. Juli 2009, 17.30 Uhr Antimilitaristische Protestkundgebung auf dem Marienplatz

Aufruf: Kein Militärspektakel auf dem Marienplatz!

Kein Werben fürs Sterben!

Der Marienplatz, politisches Zentrum der Stadt, soll für militärische Selbstdarstellung missbraucht werden. Die Bundeswehr plant dort für den 30. Juli 2009 ein öffentliches SoldatInnengelöbnis. Dies ist ein weiterer Schritt zur Militarisierung öffentlicher Räume.

Diese Zurschaustellung des militärischen Gewaltapparates in der „Guten Stube“ Münchens soll die Öffentlichkeit daran gewöhnen, dass die Bundeswehr und ihre weltweiten Kriegseinsätze alltäglich sind, und damit „salonfähig“ werden. Aber die Bundeswehr hat in Schulen, in Arbeitsagenturen oder auf dem Marienplatz so wenig zu suchen wie in Afghanistan oder am Horn von Afrika.

Wir wollen kein Militärspektakel in unserer Stadt!

Wie der Presse zu entnehmen war, wurde von der Stadt München vom ursprünglich geplanten Ort der Vereidigung, dem Odeonsplatz, abgeraten. Dieser sei durch die unsägliche Tradition der Aufmärsche der Nazis in München historisch belastet. Aber vom Marienplatz aus haben die Nazis 1938 zu den Pogromen gegen jüdische Bürger aufgerufen. Diese historische Belastung scheint den Verantwortlichen nicht dramatisch genug zu sein.

Wir wollen kein Bundeswehrgelöbnis. Weder auf dem Odeonsplatz noch auf dem Marienplatz noch sonst wo.

Das Gerede von den „humanitären oder friedensschaffenden Einsätzen“ täuscht nicht darüber hinweg, dass in der Bundeswehr das Mordhandwerk gelehrt und gelernt wird, um Krieg gegen andere Länder zu führen. Deshalb wehren wir uns gegen die Gelöbnisfarce und rufen dazu auf, am 30. Juli 2009 zum Marienplatz zu kommen und lautstark gegen dieses Militärspektakel zu protestieren.

Gelöbnistext ist Heuchelei

Die Bundeswehrsoldaten, die am 30. Juli unter Marschmusik auf dem Marienplatz auflaufen, sollen geloben, **„der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“.**

Bereits vor zehn Jahren, im März/April 1999 beteiligte sich die Bundeswehr aktiv am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien, bombardierte serbische Städte, Industrieanlagen, Brücken, Schulen und Krankenhäuser. Die Bilanz: 3000 Tote, darunter 89 Kinder (zit. nach Norman Paech). Heute ist die Bundeswehr Teil der NATO-Besatzungstruppen in Afghanistan und beteiligt sich an einem mörderischen Krieg, der die Probleme dieser Region nur vergrößert und tausende Opfer kostet.

Das ist andauernder Verfassungsbruch.

Laut Grundgesetz ist die Aufgabe der Bundeswehr ausschließlich die Landesverteidigung. Doch für die Regierenden ist dieser Verfassungsgrundsatz längst obsolet geworden. In den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ erklärt die Bundesregierung: „Landesverteidigung entspricht nicht mehr den aktuellen politischen Erfordernissen“. Stattdessen sei die Bundeswehr heute ein „unverzichtbares Instrument, um die Interessen Deutschlands und seinen internationalen Einfluss zu wahren“. Nichts wird verteidigt!

Die weltweiten Militärinterventionen der Bundeswehr dienen ausschließlich dazu, die Großmachtansprüche Deutschlands und die Expansionsinteressen der Konzerne durchzusetzen, den Zugriff auf die knapper werdenden Rohstoffe militärisch abzusichern und nicht zuletzt den Profitinteressen einer skrupellosen Rüstungsindustrie.

Genausowenig ist die Bundeswehr dazu da, „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“, im Gegenteil. Mit dem geplanten Bundeswehreinsatz im Inneren sollen in Zukunft die Streitkräfte gegen die Bevölkerung eingesetzt werden können, gegen Massenproteste und Streiks, nicht zu Verteidigung, sondern zur Unterdrückung von Freiheitsrechten.

Recht und Freiheit verteidigen heißt:

Das erste Recht aller Menschen, und nicht nur des „deutschen Volkes“, ist das Recht auf Leben. Ein Leben in Würde, ohne Krieg, Angst und Unterdrückung. Die Bundeswehr-Armee ist aber für das Gegenteil zuständig.

„Gedient“ wäre „unserem Land“, vor allem aber den Menschen in den von der NATO besetzten Ländern, mit dem sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und mit der Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr. Damit würden Milliarden-Beträge frei für Bildung, sinnvolle Arbeitsplätze und den ökologischen Umbau der Wirtschaft.

Recht und Freiheit verteidigen heißt:

Verteidigung der demokratischen und sozialen Rechte, Schluss mit der Überwachung und Bespitzelung der BürgerInnen, Schluss mit der immer weiteren Einschränkung der Versammlungsfreiheit und des Streikrechtes.

Töten auf Befehl ist Mord! Deshalb:

**Schluss mit Krieg und Besatzung
Bundeswehr raus aus Afghanistan
Kein Bundeswehreinsatz im Inneren
Bundeswehr abschaffen**

Im Klartext müsste die Gelöbnisformel eigentlich heißen:

„Ich gelobe, den Interessen der Rüstungsindustrie treu zu dienen, das Recht der Besitzenden und die grenzenlose Freiheit des globalen Kapitalismus tapfer zu verteidigen und der Profitgier von Banken und Konzernen notfalls auch mein Leben zu opfern.“

Deshalb: **Gelobt nix!**

Es rufen auf: AK Gewerkschaften · Attac München · Bayerischer Flüchtlingsrat · BürgerInnen gegen den Krieg, Landkreis Ebersberg · Das Andere Bayern e.V. · Deutscher Freidenkerverband OV München · DFG-VK München · Die Linke. München · Die Linke. Stadtratsgruppe München: Brigitte Wolf, Dagmar Henn, Orhan Akman · DKP München · IL-FreundInnenkreis München (Interventionistische Linke) · Leonie Droste · Wolfram Kastner, Künstler · Toni Kilger, Jurist · Frieder Köllmayr, Vors. Das Andere Bayern e.V. · Christiane Kröll · Kuhle Wampe, München · Ligsalz8 e.V. · linksjugend [‘solid] München · Martin Löwenberg · Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus · Münchner Friedensbündnis · Münchner Montagsdemo · Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, München, e.V. · PAKT, München · RSB, IV. Internationale · Claus Schreer · SAV – Sozialistische Alternative, OG München · Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend SDAJ München · VVN-BdA Landshut (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen) · ver.di Jugend München · Konstantin Wecker · Welt ohne Kriege e.V.

www.gegen-krieg-und-rassismus.de